

Person wird meist daran scheitern, dass eine wirtschaftliche Abhängigkeit von einer einzigen Plattform nicht vorliegt. Die Arbeitsrechtsdogmatik mit ihren starren Typisierungen tut sich schwer, die verschiedenen Formen und besonderen Abhängigkeiten digitaler Beschäftigung zu erfassen.³ Daher versagen auch Korrekturinstitutionen wie die Scheinselbstständigkeit. Dies ist deswegen alarmierend, weil die Vertragsformverlagerung in die Selbstständigkeit zufällig erfolgt und von den keinesfalls bloß neutral vermittelnden Plattformen gestaltet wird. Aber Plattformarbeitende sind keine typischen Selbstständigen und besonders schutzbedürftig, weil sie aufgrund besonderer Risikoabwälzung, indirekter Steuerung durch die Plattformen und Einbindung in deren Geschäftsmodell, die einer persönlichen Abhängigkeit ähnlich ist, keine eigenen wirtschaftlichen Dispositionsmöglichkeiten haben.

Eine rechtsfolgenorientierte Regulierung müsste die Dichotomie Arbeits-/Wirtschaftsrecht hinter sich lassen und an den Vertragsungleichgewichten und der Organisationsmacht der Plattformen ansetzen. In der Debatte finden sich vor allem zwei Regulierungslinien:⁴ es wird vorgeschlagen, den Arbeitnehmer*innenbegriff anzupassen. Doch neben den damit nur verschobenen Umgehungs- und Missbrauchsrisiken sprechen die besonderen Schutzbedarfe der Plattformarbeitenden gegen eine rein arbeitsrechtliche Lösung. Daher wird bisweilen ein spezielles Crowdworking-Gesetz nach dem Leitbild anderer partieller Schutzsysteme (wie Heimarbeits- oder Künstlersozialversicherungsgesetz) gefordert, das verschiedene Regelungslogiken vereint und Beschäftigtenschutz mit Wettbewerbssicherung, Persönlichkeits- und Diskriminierungsschutz zusammenführt.

Ein adäquater Gestaltungsansatz muss zunächst die spezifischen Besonderheiten und Formen digitaler Beschäftigung

erfassen. Relevant ist insbesondere, wie und wo die digitalen Beschäftigungsrechte entstehen, also wie und durch wen sich Wissensdefizite überwinden, grenzübergreifende Lösungen und Maßstäbe bestimmen und Interessenskollisionen etwa zwischen arbeitsmarktfördernder, wettbewerblicher Sicherung des Plattformmarktes und Schutz der Beschäftigungsbelange auflösen lassen. In frauenpolitischer Perspektive müssen die Geltung der Diskriminierungsverbote in der Plattformwirtschaft sowie die Berücksichtigung spezifischer Fraueninteressen garantiert werden. Neben einem gendersensiblen Arbeitsmarktmonitoring sind hier vor allem im Sinne einer regulierten Selbstregulierung horizontale Beteiligungsrechte gefordert,⁵ die Betroffene in die Gestaltungsfragen einbeziehen und über diese Prozeduralisierung eine plurale und selbstbestimmte Standardsetzung ermöglichen, die anders als bisherige Ansätze Frauenbelange und Diskriminierungsrisiken reflektiert. Kollektive Akteur*innen wie Gewerkschaften und Verbände spielen im Bereich Plattformarbeit eine veränderte, aber entscheidende Rolle, weil sie in den vermarktlichten Beschäftigungsbeziehungen Korrektiv zur Deutungshoheit der Plattformen über digitale Arbeit sein können. Der Neugestaltungsdruck bietet die Chance, einen gendersensiblen Diskurs über Arbeitsstandards und -verteilung zu reaktivieren, bei dem das männliche Normalarbeitsverhältnis nicht mehr als Ideal dient.

3 Siehe etwa die neuere Entscheidung des LAG München, Urt. v. 04.12.2019, Az. 8 Sa 146/19.

4 Dazu ausführlich Kocher, E., Crowdworking: Ein neuer Typus von Beschäftigungsverhältnissen?, in: Hensel u.a. (Fn. 1), 173ff.

5 Zu diesem Konzept und Ansätzen in der Rechtsprechung, Hensel, I. Die horizontale Regulierung des Crowdworking, in: dies. u.a. (Fn. 1), 215ff.

DOI: 10.5771/1866-377X-2019-4-202

Digitale Gewalt gegen Frauen

Kübra Gümüşay

Autorin und Aktivistin, schreibt und referiert zu den Themen Internet, Politik, Feminismus, Rassismus und Islam. Ihr Buch „Sprache & Sein“, das sich auch mit dem Thema des abgedruckten Textes beschäftigt, ist im Januar 2020 bei Hanser Berlin erschienen.

„saftzahn schäbig, oder wie auch immer man deinen arabischen Namen schreibt, du bist sehr sehr dumm. Dein IQ ist sicher unter 80. Du schreibst, redest und denkst nur Scheiße. Du bist völlig unwichtig in unserer deutschen Gesellschaft. Wahrscheinlich betrifft das deine ganze Familie, die seit eh her auf unsere Kosten lebt. Wir haben genug von dir. Du bist für diese hoch entwickelte Gesellschaft nicht geeignet. Arbeite im Bordell oder noch besser geh zurück nach Arabien und füttere Kamele in der Wüste. Das ist deine Bestimmung. Deswegen wurdest du geboren. Halts Maul, lass dich von deinen Landsleuten ficken und putz das Klo. Das ist deine Bestimmung. Also hau ab du Schwein.“¹

Diese Nachricht erhielt die SPD-Politikerin und Berliner Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement, *Sawsan Chebli*, kürzlich nach einem Interview, das sie einer Zeitung gegeben hatte.

Laut einer Umfrage unter 9.000 deutschen Internet-Nutzer_innen zwischen zehn und 50 Jahren sind Frauen sehr viel häufiger betroffen durch digitale sexuelle Belästigung, Cyber-Stalking und traumatisierter durch die Folgen dieser Form von digitaler Gewalt.²

Was macht eine solche Nachricht mit den Betroffenen? Was machen Hass und Gewalt im Netz gegen Frauen? Solche, die besonders häufig Zielscheibe dieser organisierten und orchestrierten Hass-Kampagnen sind?

1 Online: <https://twitter.com/sawsanchebli/status/1172233503964090368>.

2 Staude-Müller, F., Hansen, B., Voss, M. (2012) How stressful is online victimization? Effects of victim's personality and properties of the incident. *European Journal of Developmental Psychology*, 9(2). Im Internet erhältlich: <http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/17405629.2011.643170>.

Laura Dornheim ist Managerin in einem Digitalunternehmen und engagiert bei den Grünen. Sie gehört auch zu jenen, die auf Sozialen Medien Angriffen ausgesetzt sind, die inzwischen auch in die physische Welt hineinreichen. In der Recherche für mein Buch fragte ich sie in einer besonders herausfordernden Zeit, wie sie damit umgeht:

„Was wollt ihr von mir?“, will ich in die Dunkelheit schreien. Die gefühlte Dunkelheit der Anonymität, aus der heraus gerade jemand täglich Pakete mit Luxusartikeln für Hunderte von Euro auf Rechnung an meine Privatadresse bestellt. Was wollen die von mir?

Natürlich weiß ich das eigentlich ganz genau. Sie denken, sie könnten mir ihre Überlegenheit reinwürgen, mich öffentlich demütigen, um ihre eigenen kranken Egos zu pushen, sie hoffen wahrscheinlich, dass sie damit politisch aktive Frauen mundtot machen können, und sie denken, sie können mich zwingen, mich mit ihnen zu beschäftigen.

Letzteres stimmt leider. So sehr ich sie dafür hasse, so sehr ich heute Abend etwas ganz anderes machen wollte, jetzt klicke ich doch fast zwanghaft alle paar Sekunden auf meine Mentions, um nachzusehen, ob noch mehr kommt.“

Es ist eine körperliche Erfahrung. Wer Gewalt erlebt hat, analog oder digital, kennt das Gefühl. Die Pupillen weiten sich, während ich gleichzeitig in einen totalen Tunnelblick falle, der Puls geht hoch, mir ist fast ein bisschen schwindelig. Flau im Magen sowieso. Mein Körper hat Angst. Ich habe Angst. Es sind doch nur ein paar Tweets. Es sind doch nur fehlgeleitete Pakete. Ja. Noch.

Ich weiß, dass ich mich von niemandem davon abhalten lasse, öffentlich für meine Überzeugungen einzutreten. Aber es ist ein verdammt hoher Preis, den ich und so viele andere immer und immer wieder dafür zahlen müssen.

Und ich weiß, dass vielen dieser Preis zu hoch ist.

Andere Betroffene ziehen sich – absolut berechtigt und legitim – zurück, löschen ihre Accounts, beschließen, den Mund nicht mehr aufzumachen, um sich selbst zu schützen. Das ist der eine Preis, der gezahlt wird. Einer der vielen anderen ist ein scheinbar banaler: Die erzwungene Beschäftigung mit diesem Hass. Die Journalistin Vanessa Vu kommentierte ihre Rolle wie folgt:

„Situationen der Ohnmacht, ausgelöst zum Beispiel durch rassistische, sexistische oder klassistische Aggression, begegnen mir wie ein Unfall. Ich kann und will nicht wegsehen, bleibe stehen, will die Lage lindern – und vernachlässige dabei meine eigenen Bedürfnisse und Ziele. Das ist einmal, zweimal in Ordnung, aber anders als bei Verkehrsunfällen bin ich alltäglich mit rassistischen Vorfällen konfrontiert. Diese ständige Erste-Hilfe-Arbeit raubt enorm viel Energie und intellektuelle Kapazitäten, die ich lieber in innovative, empowernde und nachhaltige Arbeit stecken würde.“

Der Hass im Netz, die Einschüchterung, die Beschäftigung mit diesem Hass, das Bekämpfen des Hasses raubt große Teile unserer Ressourcen. Wir werden dazu gezwungen, uns weitaus mehr mit der Abwehr von Ungerechtigkeiten zu beschäftigen, statt vor allem eine gerechtere Welt aufzubauen.

Denn der Hass, die Gewalt, die wir online erleben, hat nicht nur den Effekt, dass die Betroffenen eingeschüchtert werden, oder dass sich andere gar nicht erst trauen, sich zu Wort zu melden. Die Folgen sind viel weitreichender.

Wir alle hier im Raum gehören wahrscheinlich zu denjenigen, die relativ sensibilisiert sind bezüglich der vielen Missstände in dieser Gesellschaft. Aber schaut euch um – auch wir haben uns verändert.

Wie oft aber hörte ich in den letzten Monaten in der Diskussion um Hass in dieser Gesellschaft: Islam, Rassismus, Frauenrechte und Feminismus, Migration und Geflüchtete – „das sind halt Themen, die polarisieren.“ Nein. Diese Themen sind nicht per se polarisierend, sie werden es erst – indem einschlägige Blogs, Foren und Webseiten, wo zu diesen Themen gehetzt wird, unsere Kommentarspalten fluten und auf unsere öffentliche Debatte einen starken Einfluss nehmen.

Denn der Hass in den Kommentarspalten ist nicht rein zufällig und organisch entstanden. Wir glauben, die Kommentare in den Kommentarspalten würden die gesellschaftliche Meinungsvielfalt repräsentieren. Dabei werden diese Einträge – oder vielmehr: Massenkommontare – in einschlägigen Foren von rassistischen und rechts-populistischen Gruppen organisiert. Das Institute for Strategic Dialogue hat über 3.000 Artikel deutscher Medien und 18.000 Kommentare auf Facebook analysiert. Und hat herausgefunden: Gerade einmal fünf Prozent aller Accounts sind für 50 Prozent aller Hasskommentare verantwortlich.

Sie schreiben gezielt an Redaktionen und kommentieren unter ausgewählten Artikeln, um den Eindruck zu erwecken, bestimmte Meinungen und Positionen, beispielsweise zu Islam, Migration, Frauen und Geflüchteten, seien gesellschaftlich nicht tragbar, zu marginal und provokant für die Mitte unserer Gesellschaft. Sie verschieben unsere Wahrnehmung dessen, was in unserer Gesellschaft „normal“ und vertretbar ist. Es ist ein Versuch die Engagierten mundtot zu machen, zum Schweigen zu bringen.

Und das Publikum, also diejenigen, die diese Reaktionen rein beobachten, auch wir verändern uns durch unsere Beobachtung.

Um das mal zu veranschaulichen: Stellt euch vor, ihr sitzt hier im Publikum. Und stimmt dem, was ihr da hört, eigentlich zu. Aber neben euch sitzt jemand und schüttelt unentwegt den Kopf, meckert und schreit womöglich gar dazwischen. Es dauert nicht lange, dann denkt auch ihr: Jaja, eigentlich ist das Streitbar.

So wird das Streben nach einer gerechteren Gesellschaft Streitbar.

Genau das ist es, worauf die Kommentatoren in diesen Foren abzielen. Nicht nur die Einschüchterung der Schreibenden, sondern vor allem die Beeinflussung derer, die mitlesen.

So versuchen sie rassistische, xenophobe, antisemitische und islamfeindliche Positionen salonfähig zu machen. Indem sie diese Positionen immer und immer wieder wiederholen. Sie stilisieren sich dabei zu Helden, weil sie vermeintliche Tabus mutig auszusprechen wagen, weil sie revoltieren gegen unsere „politisch korrekte“ verklemmte Gesellschaft mit ihren ganzen „Denkverboten.“ Und so enden in einer Gesellschaft wie dieser hier:

Einer Gesellschaft, in der sich jene Menschen verteidigen müssen, die andere vor dem Ertrinken retten, die helfen – und nicht jene, die ihre Hilfe verweigern.